

„Banken in die Schranken!“ zur Pressekonferenz des Kreditopfervereins 26.02.2014

Es ist nur natürlich, dass man sich mit Menschen vernetzt, die dasselbe Ziel verfolgen. So wie der Kreditopferverein hat auch das Banken-Volksbegehren zum Ziel, Banken in die Schranken zu weisen.

Auch der Initiative „Banken in die Schranken!“ geht es darum, sichtbar zu machen, wie problematisch es ist, wenn die Geldschöpfung und die Giralgeldschöpfung im Besonderen nicht klar gesetzlich geregelt ist. So fordert das Volksbegehren konkret Bundesverfassungsgesetze für eine umfassende Neuordnung des Bank- und Finanzgeschäfts. Es soll gesetzlich verankert werden, dass die Geldschöpfung und die Geldverwaltung dem Gemeinwohl zu dienen hat und nicht profitorientierten Privatunternehmen überlassen werden darf. Insbesondere soll festgelegt werden, dass die Geldverwaltung so zu gestalten ist, dass diese keine systematische Vermögensumverteilung innerhalb der Bevölkerung bewirken kann.

Gegenwärtig wird der Löwenanteil unseres Geldes von privaten Banken in Form von Giralgeld aus dem Nichts geschaffen – einfach per Buchungssatz. Ohne dass es dafür eine gesetzliche Grundlage gäbe. Weder in Österreich, noch sonst wo in Europa.

Durch diese Praxis haben wir eine schwerwiegende Rechtsungleichheit zwischen Banken und allen anderen Wirtschaftsteilnehmern. Und eben durch diese Rechtsungleichheit mutieren Banken zu einer Enteignungs- und Umverteilungsmaschinerie. Es lässt sich weltweit dasselbe Muster erkennen: Das Privileg, Geld aus dem Nichts zu schaffen, ermöglicht privaten Geschäftsbanken einen beträchtlichen Gewinn, den sie einfach einstreichen, während die übrige Volkswirtschaft die Kosten tragen muss, wenn dabei etwas schiefgeht. Das ist nicht nur undemokratisch, sondern auch kriminell.

Bitte stellen Sie sich immer wieder folgende kritische Fragen: Was leisten Banken? Und welche Gegenleistung bekommt die Bevölkerung dafür? Denken Sie daran: Banken schaffen Geld einfach durch einen Buchungssatz, wohingegen die meisten Menschen einer Erwerbsarbeit nachgehen müssen, um Geld zu verdienen. Egal, wieviele Milliarden die Rettung der Hypo jetzt laut Regierung kosten soll – sicher ist: sie wird so viel kosten, dass wir Österreicher Wochen bis Monate dafür arbeiten müssen. Sehen wir den ungeschminkten Tatsachen ins Auge: die österreichische Regierung hat die feste Absicht, Kriminelle dabei zu unterstützen, den Österreichern Wochen bis Monate ihrer Lebenszeit zu stehlen!

Grundsätzlich fällt auf, dass Menschen leicht zur Schizophrenie neigen, wenn es um Geld und Banken geht. So haben Menschen teilweise Schwierigkeiten, die Ist-Situation klar zu erkennen. Darum könnte ein Gleichnis recht hilfreich sein.

Stellen Sie vor, in einem Unternehmen würden die Mitarbeiter der Buchhaltungsabteilung plötzlich erklären, sie wären systemrelevant und es müsste eine horrende Geldsumme aufgebracht werden, um die Buchhaltungsabteilung zu retten, weil ansonsten der ganze Betrieb zugrunde gehen würde. Wie würden Sie als Chef reagieren? Sie würden wohl ganz einfach die Buchhalter feuern – nicht wahr? Und wenn Sie ein gütiger Chef sind, werden sie trotz des kriminellen Ansinnens der Buchhalter Nachsicht walten lassen, aber sie werden dafür sorgen, dass die Buchhalter wegen ihrer psychischen Probleme in therapeutische Behandlung kommen.

„Banken in die Schranken!“ möchte diese Vorgangsweise auch für die aktuelle Situation empfehlen. Egal, ob Politiker oder Banker – wer immer auch behauptet, Banken seien systemrelevant, gehört von seinem Posten entfernt und in therapeutische Behandlung.